Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 10

Artikel: Bei der politischen Bildung ansetzen
Autor: Engeli, Arne
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338276

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

wenngleich sie heutzutage weit mehr darauf bedacht ist, Negern und Puertorikanern nicht auf die Füsse zu treten. Die Extremisten (die «Schwarzen Panther» der Neger und die «Young Lords» der Puertorikaner) übertreiben und verallgemeinern allzusehr, wenn sie in jedem Polizisten einen Volksfeind sehen. Oft ist gerade das Gegenteil der Fall . . . Mag man bei der Lindsay-Verwaltung manchmal einen Mangel an Dynamik, an energischem Durchgreifen und an hochwertigem Spitzen-Personal beklagen, so springt doch des Bürgermeisters Absicht, allen Volksgruppen zur Anerkennung zu verhelfen, ins Auge und sein Verständnis für die unabdingbare Notwendigkeit einer wahrhaft *pluralistischen Gesellschaft* in New York und Amerika, in der es für Menschen verschiedener Hautfarben, nationaler Herkunft, Kulturen und Ideologien genügend Raum und Entwicklungsfreiheit gibt.

Denn New York ist eine Stadt der Vielfalt und muss sich zu dieser Vielfalt bekennen und die alte Idee vom «Schmelztiegel» aufgeben. Es ist seit Jahren eine kranke Stadt. Aber die Krise ist nicht hoffnungslos. New York ist ein Kultur- und Geisteszentrum allerersten Ranges, ein unerschöpfliches Reservoir der Begabungen und Ideen. Seine Lebenskraft und Wandlungsfähigkeit garantieren seine Zukunft.

Arne Engeli

Bei der politischen Bildung ansetzen

> «Der Regierungsrat wird erst dann in der Lage sein, zu regieren, das heisst in der Zukunft liegende Probleme rechtzeitig zu erkennen und zu lösen, wenn ihm die nötigen Führungsgehilfen zur Verfügung stehen.»

Diese böse Aussage über den heutigen Zustand unseres Kantons stammt nicht von mir, sondern stand schwarz auf weiss in der Antwort des Regierungsrates selber auf eine Interpellation betreffend Regierungstätigkeit und Verwaltungsreform, welche Ende August im Grossen Rat des Kantons Thurgau zur Diskussion stand. Andere Kantone trifft das Problem ebenfalls.

Ist es wirklich so schlimm? Wird bei uns heute gar nicht regiert, sondern nur verwaltet? In der Tat kann dem aufmerksamen Beobachter eine ganze Reihe von Mängeln immer weniger verborgen bleiben. Die im 19. Jahrhundert gewachsenen Ordnungen und Verfahrensweisen in unsern kantonalen Regierungen und Verwaltungen rufen nach Veränderungen. Insbesondere fallen mir zwei Schwächen auf:

1. Ungenügende Koordination und Planung

Dieser Vorwurf vor allem wurde in der Grossratsdebatte erhoben, nicht zuletzt vom Regierungsrat selber. Dabei handelt es sich um die eigentliche Aufgabe einer Exekutive. «Gouverner, c'est prévoir.» Dem «Patienten» wurden folgende Rezepte verschrieben.

Entlastung von drittrangigen Aufgaben

Wer je in den Arbeitskalender eines Regierungsrates Einblick genommen hat, worin sich Sitzungstermine jagen und Bagatellen sich anhäufen, wird sich schon gefragt haben: Wann eigentlich wird an den grossen Aufgaben der Zukunft gearbeitet? Qualifizierte Mitarbeiter müssen den Regierungsrat hier entlasten können. Den zeitraubenden Beschwerden von Bürgern über Verwaltungsakte sollte ein besonders Beauftragter nachgehen.

Neustrukturierung der Departemente

Kein anderer Kanton erlaube sich den «Luxus» von 15 Departementen, wurde gesagt. Der Kanton Aargau komme mit fünf aus, für jeden Regierungsrat eines: Gesundheitswesen, Erziehung, Inneres, Bau, Finanzen. Wichtiger scheint mir, dass die meisten Kantone Gesundheitswesen und Erziehungswesen als Schwerpunkte anerkennen, die zwei Regierungsräte voll beanspruchen. Im Thurgau sind sie einem einzigen aufgebürdet. Eine Umorganisation stellte der Sprecher des Regierungsrates auf die nächsten Erneuerungswahlen hin (also 1972) in Aussicht.

Ausbau von Stabsstellen

Damit ist gemeint, dass qualifizierte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Praxis (nicht nur Juristen!) zur Ausarbeitung von Alternativen und Lösungsvorschlägen herangezogen werden. Bisher geschah das, wenn ein Expertenbericht zu irgendeinem Problem bestellt wurde. Solche Experten sind aber oft hoffnungslos überlastet und sind auch mit den örtlichen Verhältnissen weniger vertraut. Mit Stäben aber werden Mitarbeiter bezeichnet, die über längere Zeit oder gar permanent dem Regierungsrat an die Hand gehen würden. Sie sollten über und zwischen den Departementen stehen und so auch eine Koordinationsfunktion übernehmen können.

Interkantonale Kaderschulung

Die dem kooperativen Föderalismus dienende Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit wird diesen Herbst ein zweites «Seminar für Regierungsräte» durchführen. Mit Befriedigung wurde vom Rat zur Kenntnis genommen, dass wiederum zwei thurgauische Regierungsräte daran teilnehmen werden. Das quantitative und qualitative Anwachsen der Auf-

gaben verlangt aber auch auf der Stufe der Departementssekretäre und Beamten eine ständige Kaderschulung.

2. Ungenügende Bereitschaft zu Neuerungen

Alle kennen das: Da werden dynamische Persönlichkeiten von hohen Erwartungen getragen in eine Exekutive gewählt, aber in kurzer Zeit sind sie vom politischen Wasser rund geschliffen oder, wenn sie härter sind, kämpfen sie sich mühselig Schrittchen für Schrittchen voran.

Das liegt zum grossen Teil an unserem System, nicht an den Menschen. Unsere Exekutive hat zu wenig Spielraum. Es sind politische Rücksichten auf alle möglichen Interessen zu nehmen. Dringende Aufgaben werden durch den umständlichen Mechanismus unserer Referendums- und Konkordanzdemokratie über Jahre hinaus verzögert.

»... aber Bremsen wie kein Zweiter!»

Es genügt bei uns eben noch nicht, dass eine Regierung vorausschauend plant, es muss immer auch eine Mehrheit des Volkes Schritt halten. Nun ist aber nachgewiesen, dass der «Durchschnittsbürger» in der Regel konservativer denkt und ein geringeres Mass an Voraussicht erbringen kann als unsere Politiker (man denke etwa an die schleppende Einführung des Frauenstimmrechts). Dazu kommt das Paradox, dass gerade die Referendumsdemokratie die Interessen einer breiten Mehrheit weniger berücksichtigt, nämlich deshalb, weil die einflussreichen, kapitalkräftigen Interessengruppen leichter das Rennen machen. Darum hinkt die Schweiz hinsichtlich ihrer sozialen Einrichtungen erheblich Ländern mit vergleichbarem Wohlstand hintennach.

Das Bonmot von alt Bundesrat Wahlen trifft den Nagel auf den Kopf:

«Ja, es stimmt, unser politischer Wagen hat einen schwachen Motor, aber vergessen Sie nicht, Bremsen hat er dafür wie kein zweiter!»

Das Referendum abschaffen?

Wer glaubt, ich plädiere jetzt für eine Absage an unsere «direkte Demokratie», hat sich zu früh in Abwehrstellung bringen lassen. Ich sehe selbstverständlich auch die Vorteile unseres Systems. Vor allem: Für uns ist der Staat nicht ein Gegenüber, eine Macht, die über uns herrschen kann, sondern er ist ein Werkzeug in unseren Händen. Aber wir müssen dieses Instrument auch handhaben können! So lautet meine Schlussfolgerung denn:

Wenn wir eine Regierung wollen, die mit der Zeit Schritt hält, brauchen wir vor allem Bürgerinnen und Bürger, die vorausdenken können. Wir müssen also bei der politischen Bildung ansetzen.